

16/SN-278/ME

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 23 1006/1-II/5/86 (35)

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Universitäts-Organisationsgesetz (UOG) geändert wird;
Aussendung zur Begutachtung.

Himmelpfortgasse 4-8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

Neue Tel. Nummer: 51433/0

1788

Sachbearbeiter:

OR Mag. Rosenmayr

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	63 - GE/9 86
Datum:	19. NOV. 1986
Verteilt	21. NOV. 1986

Flücker

H. Wurser

Das BMF beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner
Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Universitäts-Organisationsgesetz (UOG) geändert
wird, zu übermitteln.

25 Beilagen

7. November 1986

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Flücker

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 23 1006/1-II/5/86

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Universitäts-Organisationsgesetz (UOG) geändert wird;
Aussendung zur Begutachtung.

Zur Zl.: 62 600/5-UK/86

Himmelpfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33

Neue Tel. Nummer: 51433/o

Durchwahl

1788

Sachbearbeiter:

OR Mag. Rosenmayr

An das

Bundesministerium für
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Das BMF beehrt sich zu dem mit o.a. do. Schreiben übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Universitäts-Organisationsgesetz geändert wird, mitzuteilen, daß einer ho. Zustimmung zu der vorliegenden Fassung des Gesetzesentwurfes noch Bedenken entgegenstehen. Da durch die vorzeitige Auflösung des Nationalrates der ggstl. Gesetzesentwurf nicht mehr Gegenstand der Beschlußfassung durch das Parlament sein wird, können daher die nachstehenden Bedenken ohne Zeitdruck seitens des BM/WF noch ausgeräumt werden:

Auch wenn aufgrund der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Entwicklungen die aus do. Sicht für wünschenswert erachtete Umstrukturierung des Klinikbereiches ho. nicht in Zweifel gezogen wird, so kann der vom BM/WF in der Kostenberechnung behaupteten Kostenneutralität dieses Gesetzesvorhabens nicht beigespflichtet werden. Dies umso mehr, als im letzten Satz der Kostenberechnung nicht ausgeschlossen wird, daß ein durch organisatorische oder strukturelle Neuerungen entstehender Planstellenbedarf durch Umschichtungen abzudecken sein wird.

So geben die in Aussicht genommenen neuen Organisationsstrukturen zu der Sorge Anlaß, daß damit

./.

gravierende Mehraufwendungen einerseits im Bereich des BM/WF als auch bei den jeweiligen Krankenanstalten-trägern verursacht werden. Im Hinblick darauf, daß die Krankenanstaltenträger, die in diesem Zusammenhang in Frage kommen, alle bezuschussungsberechtigt nach den Bestimmungen des KAG beim KRAZAF sind, wird ein Teil des sich aus der Novelle ergebenden Mehraufwandes bei den Krankenanstaltenträgern wieder den Bund belasten. Es muß befürchtet werden, daß insbesondere durch die Einführung des neuen Gliederungselements der klinischen Abteilung (Departmentsystem) eine "Begehrlichkeit" nach zusätzlichem Personal- und Sachaufwand hervorgerufen wird. Auch ist zu erwarten, daß durch die Schaffung einer neuen akademischen Funktion, nämlich der eines Klinischen Dekans, zusätzliche Kosten entstehen. Das BM/WF ist noch immer Jahr für Jahr mit Vermehrungswünschen für den Stellenplan an das BKA und das BMF herangetreten. Es erscheint daher zweifelhaft, daß gerade jetzt ein zu erwartender Planstellenbedarf "durch Umschichtungen", wie dies in der Kostenerläuterung zum Ausdruck gebracht wird, abgedeckt werden kann. Das BM/WF wird daher ersucht, detaillierte Angaben über den durch die "Neuerungen entstehenden Planstellenbedarf" zu machen und weiters bekanntzugeben, in welchen Bereichen zum Ausgleich dafür Personaleinsparungen offenbar erzielt werden können.

Da derzeit aufgrund der in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen ho. die Auffassung des BM/WF nicht geteilt werden kann, daß durch dieses Novellierungsvorhaben keine erheblichen Mehrkosten entstehen, wird das BM/WF ersucht, nochmals die Kosten-seite dieses Novellierungsvorhabens einer kritischen Prüfung zu unterziehen und erforderlichenfalls eine Überarbeitung des Entwurfes vorzunehmen, um damit eine budgetschonende Lösung sicherzustellen.

7. November 1986

Für den Bundesminister:

Dr. Schlusche

F. d. A. :
